

„Wir trauen der Gesobau nicht“: Anwohner am Schlosspark schlagen Alarm

Streit um ein Nachverdichtungsprojekt in Pankow geht weiter. Naturschutzverbände kritisieren Sinneswandel des Bezirks. Baubeginn weiter offen.



Ida Luise Krenzlin

22.11.2024 | aktualisiert am 22.11.2024 - 21:40 Uhr



Auf diesem Hof soll nachverdichtet werden. Geplant sind zwei Häuser, in die Flüchtlinge einziehen sollen.
Ida Krenzlin/Berliner Zeitung

Der Baubeginn eines umstrittenen Neubauprojektes am Schlosspark Pankow wird sich weiter verzögern. Gerade hat die Umwelt- und Naturschutzbehörde des Bezirks den Entwurf eines Genehmigungsentscheides an lokale Naturschutzverbände und Anwohnerinitiativen geschickt. Im Entwurf geht es darum, dass der Bezirk keine Ausnahmegenehmigung für das Bauvorhaben wegen artenschutzrechtlicher Bedenken erteilen will. Die Baumaßnahmen könnten also losgehen. Dagegen protestieren die am Verfahren beteiligten Umweltverbände. In einer Pressemitteilung kritisieren sie, dass der Artenschutz noch nicht ausreichend berücksichtigt werde. Es geht um Nistplätze, Fledermäuse, Bäume und Sträucher.

Uwe Hiksich vom Verband Naturfreunde Berlin kritisiert den Entwurf der Pankower Umwelt- und Naturschutzbehörde. Wenn daraus eine Genehmigung für eine Baufreigabe folgen würde, sei diese nicht rechtens. Ihm und den anderen Naturschutzvereinen, Grüner Kiez Pankow, Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V., BUND, Naturfreunde Berlin, reichen die der Gesobau vorgeschriebenen „ausgleichenden Maßnahmen“, wie das Pflanzen neuer Sträucher und die Sorge um neue Nistplätze nicht aus.



Grüne Innenhöfe in Gefahr: Übergeht der Berliner Senat die Bedürfnisse von Anwohnern?

Landespolitik 16.10.2024



Flüchtlinge: Wie der Berliner Senat sein eigenes Landesunternehmen über Wasser hält

Wirtschaft 11.11.2024

Es geht um die Bebauung der sogenannten Grünen Höfe im Pankower Schlosspark-Kiez an der

Ossietzkystraße. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gesobau soll dort zwei Häuser zur Unterbringung von Flüchtlingen bauen. Es geht also um eine klassische Nachverdichtung, die bei Anwohnern nicht auf Begeisterung stößt. Die Kritik gegen den Bau zweier Häuser, die erst später als Unterkünfte für Flüchtlinge umdeklariert wurden, war von Anfang an groß. Damit gebaut werden kann, müssen auch Bäume gefällt werden. In [Pankow](#) am Schlosspark geht es um 60 alte Bäume.

Der Bezirk hat einen eigenen Bebauungsplan

Der Anwalt für Umweltrecht Carsten Sommer ist mit dem [Bauvorhaben](#) vertraut. Er vertritt die Umweltverbände vor Gericht. Am Telefon ist er entspannt: „Gerade kann keiner los bauen“. Trotzdem müsse man auf der Hut sein und genau beobachten, dass die Gesobau keine Tatsachen schafft. Er hält eine „artenschutzrechtliche Ausnahme“ für dringend geboten und will diese vor Gericht durchsetzen. Damit könnte nicht so gebaut werden, wie geplant. Der Bezirk hat einen eigenen Bebauungsplan in der Schublade, dieser war schon vor Jahren als alternative Option im Gespräch. Doch nun sei der Bezirk intern nicht „auf Linie“, so Carsten Sommer.

Land Berlin will den Gesobau-Neubau unbedingt durchsetzen

Warum der Bezirk auf einmal das umstrittene Bauvorhaben genehmigen will, trotz der Einwände der Naturschützer, die der Bezirk selber lange geteilt hat, kann sich Umweltschützer Hiksich nur so erklären, dass die Landesregierung massiven Druck auf den Bezirk ausgeübt haben muss. Die Bezirkspolitiker hätten nun einfach nachgegeben, vermutet Uwe Hiksich. Britta Krehl spricht für die Anwohnerinitiative Grüner Kiez Pankow. „Der Bezirk wird unter Druck gesetzt!“, so erklärt auch sie sich den Sinneswandel im Bezirksamt.

Bezirksamt Pankow: Wir prüfen den Widerspruch der Umweltverbände

„Solange die artenschutzrechtlichen Belange nicht abschließend geklärt sind, kann die Bauvorbereitung für die geplanten Neubauten in der Kavalierstraße nicht beginnen“, antwortet Elke Ulbricht vom Bezirksamt Pankow auf eine Anfrage der Berliner Zeitung. Weiter bestätigt das Bezirksamt Pankow, dass die eingereichten Stellungnahmen der Umweltverbände vorliegen und aktuell vom Rechtsamt und dem Umwelt- und Naturschutzamt geprüft würden. Auch wären noch keine vorbereitenden Maßnahmen, wie das Fällen von Bäumen, genehmigt worden.

Die Anwohner sind skeptisch. Beim kleinsten Geräusch würden sie, die gut vernetzt, sind aus dem Fenster schauen. „Wir trauen der Gesobau nicht.“ Die würde doch auch unter Druck stehen, den Bau zu beginnen, so Krehl.



Stadtplaner über Flüchtlingsheime in Lichtenberg: „Ich kann den Unmut ein Stück weit verstehen“

Berlin 15.11.2024



Hitziger Bürgerdialog über Hochhäuser für 1200 Flüchtlinge in Lichtenberg: „Das geht viel zu schnell!“

Landespolitik 31.10.2024

Gesobau wirft dem Bezirk Verschleppungstaktik vor

Die Gesobau hatte dem Bezirk bereits eine Verschleppungstaktik vorgeworfen. „Der Baubeginn dieser Wohnungen für Geflüchtete war für Oktober 2023 geplant“, schreibt Birte Jessen, Sprecherin des kommunalen Wohnungsunternehmens. Auf die Frage, ob ein neuer Termin für den Baubeginn feststeht und wie hoch die Kosten für die Verzögerung sind, antwortet Jessen, dass „wir zum weiteren Projektlauf derzeit keine Aussagen treffen“. Nur: „Jede Verzögerung des Baubeginns wirkt sich auf den Fertigstellungstermin und somit die Entlastung der angespannten Wohnsituation für Geflüchtete

aus.“ In einer Chronologie auf der Webseite der Gesobau steht, wie die bauantragsreife Planung für zwei Wohnhäuser „in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten kurzfristig auf die Nutzung als Unterkunft für Geflüchtete“ angepasst wurde.

Senat und Gesobau drängen auf schnellen Baubeginn

Der Senat mahnt zur Eile, so kann man jedenfalls die Antwort aus der Pressestelle der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen interpretieren: „Die Gesobau strebt einen schnellen Baubeginn an. Derzeit gibt es einen Verzug des Baubeginns von circa zwölf Monaten.“

Es ist ein offenes Geheimnis, dass in der Baubranche mit den Augen gerollt wird, wenn es um den Artenschutz geht. Viele halten diesen für ein weiteres Hindernis, um zügig zu bauen. In einer Pressekonferenz zum „Schneller-Bauen-Gesetz“ hatte sich auch Berlins Bausenator Christian Gaebler (SPD) klar und deutlich geäußert und gesagt, dass zur Wahrheit auch gehöre, dass bei manchen Vorhaben der Artenschutz missbraucht werde, um Bauprojekte zu verhindern oder stark zu verzögern.

Im Fall des Bauprojektes in der Ossietzkystraße sieht der Senat, so heißt es aus der Pressestelle der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, alle naturschutzrechtlichen Bedenken ausgeräumt: „Die Gesobau hat in der Planung des Bauvorhabens bereits Maßnahmen zur Minimierung der Umweltauswirkungen ergriffen. Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde und gerichtliche Auflagen sind von der Gesobau aufgenommen und umgesetzt worden. Es liegt eine gültige Baugenehmigung vor.“

Weiter heißt es, zur Rolle des Bezirkes: „Das Bauvorhaben in Pankow zur Errichtung von Unterkünften für Geflüchtete aufgrund des dringenden Bedarfs stellt eine wichtige Maßnahme dar, die im öffentlichen Interesse liegt. Der Bezirk ist daher aufgefordert, die notwendigen begleitenden Entscheidungen zügig und nach Recht und Gesetz zu treffen.“

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.